

Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen von CDU und SPD für die Wahlperiode 2011 bis 2016 in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hofheim am Taunus

Nachhaltige Stadtentwicklung, Verantwortliches Haushalten, Gesellschaftliche und Ökologische Zukunftssicherung

Präambel

Die Fraktionen von CDU und SPD in der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Hofheim vereinbaren eine Zusammenarbeit für die Wahlperiode 2011-2016. Die Zusammenarbeit hat das Ziel, für die großen Zukunftsaufgaben der Stadt Lösungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen.

Insbesondere geht es darum,

- für Hofheim den finanziellen Handlungsspielraum wieder zu gewinnen, der die Stadt in die Lage versetzt, die heute anstehenden Aufgaben zu bewältigen, ohne den nachfolgenden Generationen diesen Spielraum zu nehmen,
- für Hofheim Lösungen zur Bewältigung der Herausforderungen des demographischen Wandels zu entwickeln. Auch wenn die Bevölkerung auf lange Sicht nicht abnimmt, wird die Stadt sich ändern, es wird immer mehr ältere und hoch betagte Menschen und mehr aus anderen Kulturkreisen geben.
- für Hofheim geeignete Maßnahmen im Sinne der Energiewende zu entwickeln und umzusetzen, die im Rahmen von interkommunalen Projekten auch zu einer stärkeren Beteiligung der Stadt an Stromlieferung und Stromerzeugung führen können.
- Hofheim weiter zu einer Familienstadt zu machen. Dazu gehören bezahlbarer Wohnraum, Betreuungsangebote für Kinder von unter 3 Jahren bis ins Grundschulalter, Einkaufsmöglichkeiten, Ferienspiele, eine reiche Vielfalt an Spielplätzen und Kulturangeboten und vielfältige Angebote in Vereinen.

Die Partner sind sich einig, dass die breite Akzeptanz der Maßnahmen durch soziale Ausgewogenheit erreicht werden muss.

Grundsätze

Beide Fraktionen vertreten die in dieser Vereinbarung genannten Ziele gemeinsam. Darüber hinaus ist es wichtig, den in unserer Stadt auch außerhalb der städtischen Gremien und Verwaltung vorhandenen Sachverstand zu nutzen und in die Entscheidung einzubinden. Deswegen streben die Partner eine Verstärkung der Bürgerbeteiligung und möglichst breite Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung an.

Diese Vereinbarung enthält daher bewusst keinen umfassenden und bis in das letzte Detail ausgehandelten Themenkatalog, sondern beschränkt sich auf die wesentlichen sachlichen Grundlagen der Zusammenarbeit und die wichtigsten unmittelbar anstehenden Sach- und Personalfragen.

Nachhaltige aktuelle Stadtpolitik

Finanzen

- Ein Ziel mit hoher Priorität ist die weitere finanzielle Konsolidierung, um einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu erreichen. Dieses Ziel soll aus eigener Kraft erreicht werden, ungeachtet der strukturellen Unterfinanzierung kommunaler Haushalte.
- Zum Erreichen dieses Ziels sind Auf- und Ausgabendisziplin zwingend erforderlich. Die notwendigen Maßnahmen dürfen die für den sozialen Zusammenhalt wichtigen Einrichtungen, Angebote und Fördermaßnahmen nicht erheblich beeinträchtigen. Einnahmen erhöhende Maßnahmen können als letztes Mittel nicht ausgeschlossen werden.
- Zur Begrenzung der städtischen Verschuldung ist eine Prioritätensetzung bei den Investitionen erforderlich.
- Eine Veräußerung der HWB (auch von Anteilen) kommt nicht in Betracht, ebenso wenig wie eine Privatisierung von Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.
- Durch strukturelle und organisatorische Veränderungen im Gesamtkonzern Stadt sind Verbesserungen bei den Finanzdaten, der Organisationsstruktur und den Geschäftsprozessen zu erreichen.

Die Möglichkeiten der neuen Medien werden noch stärker genutzt. Die Einrichtung eines Bürgerhinweisportals wird geprüft.

- Für Hofheim sind geeignete Formen der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen zu Haushaltsthemen (Bürgersparhaushalt) zu entwickeln. Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger streben wir insbesondere bei der Setzung von Standards und der Erarbeitung geeigneter Kennzahlen zur Steuerung einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt (z.B. Nachhaltigkeitsindex, NAX) an.

Stadtentwicklung

- Der Stadtentwicklungsplan (SEP 2020) wird fortgeschrieben. Dabei sind auch die nicht unmittelbar raumbezogenen Themen *Energiewende* und *Demografischer Wandel* unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gegebenheiten der Stadtteile zu integrieren. Geeignete Kennzahlen sollen die Verbindung zum Hofheimer NAX herstellen.

- Die Entwicklung der Wohnbaufläche Vorderheide II erfolgt auf der Grundlage des vorliegenden Bebauungsplanentwurfs. Voraussetzungen dafür sind, dass die Kosten der Entwicklung vollständig von den Grundstückseigentümern getragen werden und die naturschutzrechtliche Genehmigung vorliegt.

Der Reinerlös der Stadt aus der Entwicklungsmaßnahme wird der HWB als Förderung besonderer Wohnprojekte zur Verfügung gestellt. Das Wohnraumversorgungskonzept soll geeignete Projekte aufzeigen.

- Das Wochenendgebiet Junghainzehecken soll in ein Wohngebiet umgewandelt werden. Voraussetzung dafür ist die Entwicklung aus dem Gebiet heraus. Die finanzielle Beteiligung der Stadt darf 10 % des Erschließungsaufwandes nicht übersteigen.
- Die langfristige Entwicklung des Wohngebietes Marxheim II wird weiter verfolgt.
- Die mit dem Bau des Chinon-Centers, der Erweiterung der Stadthalle und der Neugestaltung des Chinon- und Kellereiplatzes begonnene Aufwertung der Innenstadt wird durch den Neubau der Stadtbücherei am nördlichen und ein privates Bauvorhaben am südlichen Rand des Kellereiplatzes zu einem Abschluss gebracht.
- Die Gewerbegebiete Hofheim-Nord und Wallau sollen revitalisiert und aufgewertet werden. In Wallau gehört dazu vor allem die Verbesserung der Verkehrserschließung.

Zur nachhaltigen Einnahmeentwicklung werden darüber hinaus zusätzliche Gewerbebestände im Rahmen des Regionalen Flächennutzungsplans entwickelt.

- Das Gebührensystem für die innerstädtischen Parkplätze wird mit dem Ziel überarbeitet, mit der Höhe der Gebühren insoweit lenkend zu wirken, dass die offenen Parkflächen für Kurzparker, die Parkflächen in den Parkhäusern für Langzeitparker attraktiver werden, ohne die erste Stunde freies Parken aufzugeben. Das Anwohnerparken wird eingeführt.

Die Planungen zur Einführung eines dynamischen Parkleitsystems werden erst weiterverfolgt, wenn trotz Anwohnerparken und optimierter Gestaltung des Gebührensystems noch erhebliche Lenkungsdefizite erkennbar sind.

Die Schaffung zusätzlichen Parkraums wird erst in Angriff genommen, wenn die vorhandenen Kapazitäten ausgeschöpft sind.

- Zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt und der Wohnqualität im südlichen und nördlichen Abschnitt des derzeitigen Verlaufs der Bundesstrasse ist eine deutliche Reduzierung der Verkehrsmenge, wie sie von der Ortsumgehung der B 519 zu erwarten sein wird, für weiterhin dringend erforderlich.

- Wir wollen die Empfehlungen des Verkehrsentwicklungsplanes hinsichtlich der Erhöhung der Verkehrsanteile des ÖPNV und des Fuß- und Radverkehrs umsetzen. Das Umsteigen vom MIV auf andere Verkehrsarten soll erleichtert werden.
- Für die städtischen Straßen wird ein verlässlich finanziertes Sanierungsprogramm erarbeitet (Schlaglochprogramm). Wo die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, erfolgt eine beitragspflichtige grundhafte Erneuerung. Alle Maßnahmen sind mit Planungen des Kanal- und Wasserleitungsbaus abzustimmen. Es folgt nach dem Vorliegen der Generalentwässerungspläne eine Prioritätensetzung der gemeinsamen Maßnahmen.

Wohnen in Hofheim

Die Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum bleibt eine städtische Aufgabe. Bei dem Sanierungsprogramm der HWB sind soziale Fragen mit einzubeziehen. Die Erkenntnisse aus dem Demographie-Kongress und des bald vorliegenden Wohnraumversorgungskonzeptes sollen Leitlinien für städtisches Handeln und das Handeln der HWB werden. Dabei geht es nicht nur um die Schaffung von altersgerechten, barrierefreien Wohnungen, sondern auch um angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen.

Kinderbetreuung

Eltern sind heute auf eine frühzeitige qualifizierte Betreuung ihrer Kinder angewiesen, um Familie und Beruf vereinbaren zu können. Frühe Bildungsangebote für alle Kinder sind der Schlüssel zu Chancengleichheit und Erfolg im Beruf.

- Der bedarfsgerechte Ausbau der U-3-Plätze in Kindertagesstätten und in der Tagespflege bei qualifizierten Tageseltern wird weiter verfolgt, im Bedarfsfall über die 35-%-Quote hinaus.
- Die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten wird weiterhin sichergestellt. Dazu werden die Qualitätsstandards in den Kindertagesstätten und die Qualität in der Pädagogik weiter entwickelt. Die Sicherung des Personalschlüssels und damit der Umsetzung der Mindestverordnung erfolgt durch besondere Anreize für Fachkräfte, z.B. günstiger Wohnraum in Zusammenarbeit mit der HWB, Stipendien.
- Die Ganztagsplätze in den Kindertagesstätten werden bedarfsgerecht ausgebaut.
- Frühe Hilfen für Familien werden unterstützt (Familienzentren, Familienbüro) und die Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Familienhaus Langenhain berücksichtigt. Selbsthilfeinitiativen von Eltern mit Kleinkindern werden weiterhin gefördert.
- Sprachprogramme für Eltern und Kinder in den Kindertagesstätten sollen fortgeführt und ausgebaut werden.

- Die Elternbeiträge in den Kindertagesstätten werden an allgemeine Kostensteigerungen angepasst, aber begrenzt auf maximal 33 % der bereinigten Betriebskosten. Der städtische Zuschuss soll sich innerhalb eines Korridors bewegen.
- Die Grundschulen sollen darin unterstützt werden, Ganztagschule zu werden. Dabei sollen Landesressourcen stärker genutzt und Doppelstrukturen allmählich abgebaut werden. Bestehende Angebote wie Betreuung und Hort werden in enger Zusammenarbeit mit dem Main-Taunus-Kreis mit den Ganztagschulangeboten konzeptionell und organisatorisch vernetzt.
- Schule soll zu einem Lebensraum für Kinder und Jugendliche werden, Angebote von Schule, Jugendhilfe und Vereinen müssen stärker vernetzt und gebündelt werden.

Jugendarbeit

- Die Lebensweltanalyse wird unter Beteiligung der Kinder, Schüler und Jugendliche fortgeschrieben mit einem stärkeren Fokus auf die Altersgruppe der 14-18 Jährigen. Die Angebote für diese Altersgruppe werden ausgeweitet.
- Die Angebote in den Stadtteilen werden weiter geführt und bei Bedarf erweitert. Die Vernetzung Jugendarbeit mit allen Beteiligten wird weiter intensiviert. Dabei sollen Projekte und die Eigeninitiative von Jugendlichen gefördert werden.
- Die Prävention vor Sucht und Alkoholmissbrauch insbesondere bei Jugendlichen hat weiterhin einen hohen Stellenwert.
- Das Konzept Jugendfarm/Abenteuerspielplatz soll überprüft und Möglichkeiten der Umsetzung gesucht werden.
- In der Kernstadt sollen die Spielmöglichkeiten auf der Grundlage eines Konzeptes *Spielen in der Stadt* mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ausgeweitet werden.

Kultur und Sport

- Die Vereinsförderichtlinien werden neu gefasst. Dabei soll die Arbeit der Vereine für das Gemeinwesen transparent gemacht und *Wert* geschätzt werden. Die Mitarbeit beim Erhalt der Liegenschaften, bei gemeinsamen Veranstaltungen oder in Kooperation mit anderen soll belohnt werden.
- Erhalt, Modernisierung bzw. Neubau von Sportstätten werden gefördert. Voraussetzung dafür ist die finanzielle und/oder personelle Beteiligung der Vereine. Unter diesen Voraussetzungen sind der Neubau der Ländcheshalle, der Neubau einer Sporthalle in den Brühlwiesen und die Sanierung der Turnhalle des TV 1860 zu realisieren. Unter dieser Voraussetzung ist auch die Kunstraßenoffensive fortzusetzen.

- Das Ehrenamt soll auch weiterhin gefördert und öffentlich geehrt werden. Die Ehrenordnung wird den veränderten gesellschaftlichen Veränderungen angepasst werden.
- In Zusammenarbeit von Stadt und Vereinen bzw. Vereinsringen sollen der Informationsaustausch zwischen den Vereinen und die Fortbildung der Ehrenamtlichen gefördert werden. Es werden Maßnahmen entwickelt, wie Neubürgerinnen und Neubürger für die Mitarbeit in Vereinen gewonnen werden können. Die Internetplattform der Vereine wird ausgebaut.
- Städtepartnerschaft ist wichtig, der Förderverein Hofheimer Städtepartnerschaften soll besonders in seiner Jugendarbeit (Austausch, Praktika, weltwärts-Programm mit Tenkodigo) unterstützt werden.
- Die Umgestaltung der Dauerausstellung des Stadtmuseums soll abgeschlossen werden.
- Für die Nutzung des Wasserschlosses und des Güterschuppens werden Konzepte erarbeitet, die für die Stadt mindestens kostenneutral sein sollen. Der Jazzkeller bleibt erhalten.
- Für die Ansiedlung einer Internationalen Schule werden der Bedarf und Standards und Realisierungsmöglichkeiten geprüft.
- Kulturelle Veranstaltungen und Angebote sollen für alle Hofheimer Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für Familien, bezahlbar bleiben.

Älter werden in Hofheim

- Alternative Gemeinschaftswohnprojekte werden unterstützt, z.B. Wohnprojekte für an Demenz erkrankte Menschen.
- Die Stadt Hofheim wird eine Bestandsaufnahme aller Angebote und eine Bedarfsanalyse vornehmen, um eine Altenhilfeplanung zu erstellen. Entsprechend dieser Planung sollen ambulante Betreuungs- und Versorgungsmöglichkeiten bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- Ehrenamtlich in der Altenhilfe Tätige erhalten Wertschätzung und Unterstützung durch notwendige Qualifizierungsmaßnahmen.
- Neue Modelle der wohnungsnahen Grundversorgung werden insbesondere für die Stadtteile entwickelt.
- Selbsthilfegruppen, insbesondere die Seniorennachbarschaftshilfe werden weiterhin in ihrer wichtigen Aufgabe unterstützt.
- Pflegeheim, Kurzzeit- und Tagespflege werden kurzfristig umgesetzt.

Integration

- Das Integrationskonzept wird gemeinsam mit dem Ausländerbeirat weiter entwickelt, insbesondere beim Spracherwerb.

- Das Programm *Soziale Stadt* wird weitergeführt. Die aus den Projekten der Sozialen Stadt gewonnenen positiven Erfahrungen, z.B. Rapmobil, Familie Nord, sollen auf andere Stadtteile ausgeweitet werden.

Hofheim barrierefrei.

Wir wollen Barrieren abbauen - im öffentlichen Raum nach Maßgabe der UN-Konvention - aber vor allem in den Köpfen. Alle Bereiche des öffentlichen und halb-privaten Raumes sind davon betroffen. Gemeinsam mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung wollen wir diese Aufgabe angehen.

Hofheim in der Region

- Die Stadt Hofheim wird sich mit einem *Archäologischen Park* auf dem Kapellenberg in den Regionalpark einbringen.
- Die Stadt Hofheim wird sich bietende Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit nutzen und die Entwicklung geeigneter Zusammenarbeitsformen sowie die Gewinnung geeigneter Partner aktiv betreiben.
- Die Stadt Hofheim wird sich kontinuierlich und beharrlich für eine Verringerung der Belastungen der Bevölkerung durch Fluglärm einsetzen, sich aber nicht an unsolidarischen Versuchen der Verschiebung von Lärmbelastungen auf andere beteiligen.

Zukunftsthemen

Unsere Gesellschaft steht vor grundlegenden Veränderungen, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben: der Demographische Wandel und die Energiewende. Um diese fundamentalen Themen zu bearbeiten, werden sie in zwei Arbeitskreisen dauerhaft inhaltlich behandelt, die sich an der thematischen Ausrichtung der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung orientieren. Darüber hinaus stehen für die inhaltliche Diskussion die gemeinsamen Treffen anderer Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung und anderen gesellschaftlichen Gruppen der Stadt offen, um bei der Beschlussfassung zu einem breiten Konsens zu kommen.

Demographischer Wandel

Die Folgen des demographischen Wandels haben Auswirkungen auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Es soll ein Leitfaden erarbeitet werden, wie zukünftig die zu beachtenden Aspekte des demographischen Wandels in den politischen Alltag einfließen können.

Daneben werden Projekte erarbeitet, die aktiv zur Bewältigung des demographischen Wandels beitragen.

Kommunale Energieversorgung

Es wird ein Energiekonzept für die Stadt Hofheim erarbeitet, das die konkreten Potentiale und Handlungsmöglichkeiten sowohl im Bereich der Energiegewinnung wie der Energieeinsparung aufzeigen soll.

Die Energieversorgung sehen wir als städtische Aufgabe an und streben eine Kommunalisierung des lokalen Niederspannungsnetzes an, langfristig gemeinsam mit weiteren Städten und Gemeinden aus dem Main-Taunus-Kreis und darüber hinaus. Eine private Beteiligung wird nicht ausgeschlossen.

Es wird geprüft, ob die Schaffung eines Betriebszweiges Energie bei den Stadtwerken zur Umsetzung von Maßnahmen des Energiekonzeptes technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist.

An Projekten zur kommunalen Energieproduktion wird sich die Stadt Hofheim im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligen.

Teil des Energiekonzeptes soll sein, öffentliche und private Maßnahmen zur Energieeinsparung zu fördern bzw. Zugänge zu Fördermöglichkeiten zu schaffen.

Die energetische Sanierung des Rathauses soll weitergeführt werden.

Abstimmungsverfahren

Es wird ein Koalitionsausschuss eingerichtet, dem angehören:

- die Bürgermeisterin
- der Stadtverordnetenvorsteher
- die hauptamtlichen Stadträte
- die Fraktions- und Parteivorsitzenden
- ein weiteres Mitglied jeder Partei oder Fraktion

Der Ausschuss tagt bei Bedarf, den jeder Partner anmelden kann, mindestens jedoch einmal vor Beginn des Sitzungsrythmus der Stadtverordnetenversammlung.

Über Vorlagen mit Haushaltsrelevanz werden die Partner in der Stadtverordnetenversammlung einheitlich abstimmen. Im Übrigen wird einheitliches Abstimmungsverhalten angestrebt.

Beide Partner streben für Fragen von grundsätzlicher Bedeutung breite Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung an.

Personal- und Strukturfragen

Die derzeit amtierenden hauptamtlichen Stadträte werden wieder gewählt. Sollte die Wiederwahl des weiteren hauptamtlichen Stadtrates aus Zeitgründen nicht möglich sein, erfolgt unverzüglich eine Wiederbesetzung. Die SPD hat in diesem Fall das Vorschlagsrecht. Die Dezernatsverteilung bleibt zunächst unverändert und wird auf

der Basis der angestrebten organisatorischen Veränderungen einvernehmlich angepasst.

Stellvertreter des Vertreters der Stadt Hofheim in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes wird im Falle seiner Wiederwahl der derzeitige weitere hauptamtliche Stadtrat. Andernfalls hat die SPD das Vorschlagsrecht für diese Position. Zweiter Stellvertreter wird im Falle seiner Wiederwahl der Erste Stadtrat. Andernfalls hat die CDU das Vorschlagsrecht für diese Position.

Bei künftigen Sachentscheidungen in der Verbandsversammlung wird zwischen den Partnern Einvernehmen angestrebt. Ist kein Einvernehmen zu erzielen, enthält sich der städtische Vertreter bei der Abstimmung.

Im Übrigen bleibt es bei der im Rahmen der Konstituierung der Stadtverordnetenversammlung erfolgten Besetzung der Vorstands- und Versammlungsvertreterfunktionen.

Hofheim, .08.2011

Für die CDU

Für die SPD

(Michael Henninger)
Fraktionsvorsitzender

(Werner Wittchen)
Fraktionsvorsitzender

(Frank Härder)
Parteivorsitzender

(Alexander Tulatz)
Parteivorsitzender